Rede von Bürgermeister Alfred Schmidt zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027

Gehalten in der Sitzung des Rates am 17.11.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Mitglieder des Rates,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Gäste,

heute bringe ich gemeinsam mit unserer Kämmerin Carolin Stich den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2027 ein.

Normalerweise ist das ein Moment, in dem viele Bürgermeister gerne von Projekten sprechen: von dem, was angepackt wird, was gebaut wird, was gefördert werden soll. Auch ich könnte das machen, denn mit der Anzahl und Dimension unserer Projekte müssen wir uns nicht verstecken. Die Arbeit hieran bestimmt den Arbeitsalltag vieler Kolleginnen und Kollegen.

Ich will ehrlich mit Ihnen sein:
Dieser Haushalt macht es mir aber nicht leicht, so zu beginnen:
Denn die Lage ist ernst. Sie ist ernster als in jedem der Jahre, die wir in unseren Zahlen zurückverfolgen können. Und ich halte nichts davon, das schönzureden:

Transparenz in den Zahlen ist wichtig: Sie alle haben ein Recht darauf, dass ich Ihnen gemeinsam mit unserer Kämmerin die Situation so schildere, wie sie ist: klar und ungeschminkt.

Unsere Kämmerin wird Ihnen gleich im Detail erläutern, wie sich die Zahlen zusammensetzen. Dafür danke ich ihr schon jetzt. Ich möchte Ihnen vorab das große Bild zeigen: die Linien, auf die es ankommt, und die Frage, was das für uns als Rat bedeutet.

Der Blick zurück

Lassen Sie mich mit einem Blick zurück beginnen. Nicht aus Nostalgie, sondern weil er zeigt, wie groß der Bruch ist, vor dem wir stehen.
Von 2016 bis 2024 hat die Gemeinde Anröchte jedes Jahr mit einem Überschuss abgeschlossen. Mal war es rund eine Million Euro, in den Jahren 2018 und 2019 waren es sogar mehr als drei Millionen Euro. Acht Jahre in Folge schwarze Zahlen. In dieser Zeit haben wir eine Ausgleichsrücklage aufgebaut, die 2024 mit 17,7 Millionen Euro ihren Höchststand erreichte.

Das war kein Zufall. Das war das Ergebnis solider Arbeit, von Disziplin in Rat und Verwaltung und von einer Zeit, in der Einnahmen und Ausgaben noch im Gleichgewicht standen. Diese Rücklagen waren unser Polster. Und ich sage ganz bewusst: waren.

Die Lage: Aus Überschüssen werden Defizite

Denn seit 2025 sieht das Bild völlig anders aus:
2025 schließen wir mit einem Minus von rund 1,9 Millionen Euro.
2026 sind es voraussichtlich schon rund 4,8 Millionen Euro Defizit.
Und der Entwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, weist für 2027 ein Defizit von rund 5,5 Millionen Euro aus.

Und es wird nicht besser. Die mittelfristige Planung zeigt für 2028 ein Minus von 6,6 Millionen Euro, für 2029 von 6,5 Millionen und für 2030 von 6,2 Millionen Euro. Alles gerundete Zahlen.

Lassen wir diese Zahlen einen Moment wirken:
Sechs Jahre in Folge, von 2025 bis 2030, Defizite, die sich zusammen auf deutlich über 30 Millionen Euro summieren. Ich möchte es unmissverständlich sagen:
Das ist keine Delle. Das ist kein Konjunkturknick, nach dem es von selbst wieder bergauf geht.

Das, meine Damen und Herren, ist ein struktureller Absturz: Wir geben dauerhaft mehr aus, als wir einnehmen, und zwar nicht um ein paar Hunderttausend Euro, sondern um mehr als fünf Millionen Euro. Jahr für Jahr.

Die Analyse der Finanzstatistik durch die Bertelsmann-Stiftung bestätigt, dass die Haushaltskrise der Kommunen flächendeckend und strukturell ist.

Diese Entwicklung ist nach dem “Kommunalen Finanzreport 2026” keine “kurzfristige Abweichung, sondern Ausdruck langfristig gewachsener struktureller Probleme, die seit 2023 offen zutage treten”.

Ich zitiere weiter: “Die Kommunen sind hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben weithin abhängig von nicht oder schwer gestaltbaren Umfeldbedingungen. Hierzu gehören die allgemeine wirtschaftliche Lage, Tarifverhandlungen, staatliche Zuweisungen, Aufgabenkatalog oder gesellschaftliche Bedarfe”.

Quelle: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Finanzreport2026.pdf , Zugriff am 13.11.2026

Die Folge: Die Rücklagen schmelzen

Was bedeutet das konkret?
Ein Defizit müssen wir aus dem Eigenkapital decken, also aus den Rücklagen, die wir in den guten Jahren gebildet haben. Und genau das passiert gerade.

Die Ausgleichsrücklage, die 2024 noch bei knapp 18 Millionen Euro lag, ist bis 2026 auf rund 11 Millionen Euro geschmolzen.
Im Entwurf für 2027 bleiben davon nur noch rund 5,7 Millionen Euro übrig. In nur drei Jahren haben wir damit rund zwei Drittel dieses Polsters verbraucht.

Und dann ist Schluss. Nach der heutigen Planung ist die Ausgleichsrücklage Ende 2028 aufgezehrt, die allgemeine Rücklage 2030. Das Eigenkapital rutscht ins Minus. Das ist eine bilanzielle Überschuldung unserer Gemeinde.

Die Rechtsfolge ist eindeutig: Haushaltssicherung nach § 76 GO NRW.
Und das heißt: Dann entscheiden wir nicht mehr allein, wofür in Anröchte Geld ausgegeben wird und woher die finanziellen Mittel dafür kommen.

Mit dem sog. Verlustvortrag können wir das Eigenkapital fiktiv bei rund 9 Millionen Euro halten. Aber, und auch das gehört zur Wahrheit: Das ist kein echtes Finanzgeschenk und keine Lösung. Der Verlust verschwindet nicht, er wird nur verschoben. Der Verlustvortrag wächst bis 2030 auf 14 Millionen Euro an. Und selbst in diesem Fall wird unser Haushalt genehmigungspflichtig.

Wie man es auch dreht und wendet: Wir verlieren Handlungsspielraum. Und Handlungsspielraum ist das, was Kommunalpolitik ausmacht.

Die Ursachen: Wohin das Geld fließt

Wie ist es dazu gekommen?
Wer das verstehen will, muss auf zwei Entwicklungen schauen:

Die erste sind die Kreisumlagen.
Sie sind von rund sieben Millionen Euro im Jahr 2014 auf mittlerweile deutlich über 15 Millionen Euro gestiegen. Das ist mehr als eine Verdoppelung.
Für 2027 planen wir mit rund 17 Millionen Euro, bis 2030 steigen sie auf knapp 19 Millionen Euro. Über die geplante differenzierte Kreisumlage für den Rettungsdienst haben wir an dieser Stelle noch gar nicht gesprochen.

Unsere Steuererträge dagegen liegen – trotz Steuererhöhungen im letzten Jahr – bei rund 14 bis 16 Millionen Euro und wachsen bei Weitem nicht im selben Tempo.

Das hat eine Konsequenz, die ich Ihnen nicht ersparen möchte:
Wir führen an den Kreis inzwischen mehr ab, als wir in Anröchte insgesamt an Steuern einnehmen. Das, was unsere Bürgerinnen und Bürger, was wir und unsere Betriebe an Steuern aufbringen, reicht rechnerisch nicht einmal mehr aus, um allein die Kreisumlage zu bezahlen.

Für Schulen, Kindergärten, Feuerwehr, Straßen, Vereine und alles andere, was unsere Gemeinde ausmacht, bleibt aus eigenen Steuern dann nichts mehr übrig.

Klar ist: Auch der Kreis steht unter Kostendruck, vieles davon durch Aufgaben, die Bund und Land übertragen, aber nicht auskömmlich finanziert haben.
Doch für uns vor Ort ändert das nichts an der Rechnung. Wir werden deshalb das Gespräch mit dem Kreis und mit unseren Abgeordneten suchen, und zwar deutlich und mit Zahlen in der Hand. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Die zweite Entwicklung fällt im Alltag weniger auf, wiegt aber auf Dauer schwer:

Unser Finanzergebnis, im Kern die Zinslast. Über Jahre lag sie bei einem Bruchteil dessen, was uns heute erwartet, meist deutlich unter 0,6 Millionen Euro.
Inzwischen liegt sie bei rund 0,9 Millionen Euro, und nach der Planung wächst sie bis 2030 auf zwei Millionen Euro.

Steigende Umlagen, steigende Zinsen, Steuererträge, die nicht Schritt halten:
Das ist die Schere, in der wir stecken.

Was das für uns bedeutet?

Ich will Ihnen heute keine einfache Lösung versprechen, denn es gibt keine. Es gibt keine einzelne Stellschraube, an der wir drehen können, und es gibt keine Rechnung, die sich mit kleinen Korrekturen am Rand lösen lässt.

Was es braucht, sind drei Dinge:

Erstens: Ehrlichkeit.
Wir müssen als Rat und als Verwaltung offen sagen, wo wir stehen, und zwar nicht nur hier im Saal, sondern auch gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern. Wer einen Haushalt mit über fünf Millionen Euro Defizit verabschiedet, muss auch erklären können, warum.

Zweitens: Mut zur Priorisierung.
Wir werden nicht mehr alles tun können, was wünschenswert ist. Wir werden unterscheiden müssen zwischen dem, was wir tun müssen, dem, was wir tun sollten, und dem, was wir uns schlicht nicht mehr leisten können. Das gilt für die Ausgaben, und, auch das gehört zur Ehrlichkeit, es wird auch eine Debatte über die Einnahmen geben müssen, so unbequem sie ist.

Wir müssen eingefahrene Wege hinterfragen, neue Ideen entwickeln und kreative Lösungen finden, um den Haushalt nachhaltig zu entlasten. Dabei geht es darum, unsere Gemeinde auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig zu halten und die Zukunft zu sichern.

Ein erster Schritt ist mit der Implementierung und Fortführung der politischen Konsolidierungsgespräche getan. In meiner Wahrnehmung zeigen die bisherigen Gespräche noch deutlich mehr Potenzial, als wir bisher heben konnten. Denn es gibt zahlreiche konkrete Ansatzpunkte.

Drittens: Gemeinsamkeit.
Der Haushalt ist das Königsrecht dieses Rates.
Ich lade alle Fraktionen ausdrücklich ein, mit Bürgermeister, Kämmerin und Verwaltung gemeinsam nach Wegen zu suchen. Wir werden Vorschläge nicht danach beurteilen, von wem sie kommen, sondern danach, ob sie uns helfen. Wir tragen für diese Gemeinde gemeinsam Verantwortung, und die Zahlen, die ich Ihnen gezeigt habe, lassen keinen Platz für Parteitaktik.

Gleichzeitig brauchen wir die Unterstützung von Politik in Kreis, Land und Bund. Nur gemeinsam können wir diese Krise bewältigen und unsere Gemeinde weiter gestalten. Deshalb wünsche ich mir an dieser Stelle, dass auch Sie Ihre Kreisvertreter und Abgeordneten in Land und Bund ansprechen. Wir erwarten grundlegende Reformen! Schnell!

Beschlossene Projekte führen wir weiter

Bei aller Konsolidierung möchte ich einen Punkt klar machen:
Die Zukunftsprojekte, die dieser Rat mit allen Konsequenzen beschlossen hat, halte ich weiterhin für richtig und wichtig.

Das gilt für die Förderprojekte des ISEK rund um das Bürgerhaus. Das gilt für die Sanierung unseres Waldfreibads mit Fördermitteln und das gilt für das Brandschutz- und Hilfeleistungszentrum in Anröchte und das Feuerwehrgerätehaus in Mellrich, welches bereits in der Mittelfristplanung berücksichtigt wurde.

Außerdem dürfen wir bei aller berechtigter Sorge um die Finanzen unsere Handlungsfähigkeit und die weitere zukunftsorientierte Entwicklung unserer Gemeinde – im Rahmen unserer Möglichkeiten – nicht aus den Augen verlieren.

Ich weiß, dass das auf den ersten Blick im Widerspruch zu dem steht, was ich Ihnen eben gezeigt habe. Gemeindeentwicklung und Zukunftsfähigkeit dürfen aber nicht den strukturellen Unterfinanzierungen zum Opfer fallen. Insbesondere dann nicht, wenn mit großem Aufwand Beschlüsse gefasst wurden und Bürgerinnen und Bürger der Verlässlichkeit von Entscheidungen vertrauen.

Konsolidierung heißt für mich deshalb: Wir prüfen sehr genau, was neu dazukommt, wo wir Standards senken und was wir zurückstellen können. Aber wir stehen zu dem, was wir gemeinsam beschlossen haben. Und ich verspreche Ihnen, dass wir bei diesen Vorhaben Kosten und Termine eng im Blick behalten und Ihnen offen berichten, wenn sich etwas ändert – so wie Sie es auch bisher von der Verwaltung gewohnt sind.

Das weitere Verfahren

Der Entwurf des Haushaltes liegt Ihnen nun vor. In den kommenden Wochen beraten sie ihn in den Fraktionen. Die Verwaltung steht Ihnen dafür jederzeit zur Verfügung, mit Auskünften, mit Berechnungen und mit Alternativen.
Die Verabschiedung ist für Januar 2027 vorgesehen. Damit ist ausreichend Zeit für den Austausch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind, ist seit langem bekannt. Ich erinnere in jeder Haushaltsrede daran. Doch nun erreicht die Situation eine nie dagewesene Dimension.

Wir müssen mit den Finanzproblemen vor Ort umgehen.
Der eigene Gestaltungsspielraum reicht aber bei weitem nicht aus, um die strukturelle Unterfinanzierung zu lösen. Daher sind Landes- und Bundesregierung jetzt aufgefordert, ihrer Verantwortung für eine angemessene kommunale Finanzausstattung gerecht zu werden.

Neben grundlegenden strukturellen Reformen bei den Umlageverbänden braucht es für Anröchte und den meisten der 395 verbleibenden Kommunen im Land NRW jetzt kurzfristig wirksame finanzielle Soforthilfen in erheblichem Maße.

Dank

Bevor ich das Wort an die Kämmerin gebe, möchte ich mich bedanken:
Bei meiner Kollegin Carolin Stich und ihrem Team für die Arbeit an diesem Entwurf, die unter schwierigen Bedingungen geleistet wurde. Bei allen übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die die Zahlen zusammengetragen haben. Und bei Ihnen, den Mitgliedern des Rates, für die Bereitschaft, sich auch in schwierigen Zeiten mit Ernst und Verantwortung dieser Aufgabe zu stellen.

Schluss

Auf jeder Präsentation, die wir als Gemeinde zeigen, steht unser Leitspruch: „Anröchte macht’s möglich.“ Ich möchte, dass das keine Floskel bleibt. Die Zeiten, in denen uns Überschüsse fast von selbst Spielraum verschafft haben, sind vorbei.

Jetzt zeigt sich, ob wir es auch dann möglich machen, wenn es schwer ist.

Die Lage ist ernst, aber sie ist nicht aussichtslos, solange wir sie ehrlich benennen und gemeinsam angehen. Genau dazu lade ich Sie heute ein.

Vielen Dank!

Carolin Stich hat das Wort.